

ANALYSE

Zerrissenes Frankreich

Mit einer eher unspektakulären Regierungsumbildung reagierte Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy auf die schwere Niederlage seiner bürgerlichen Sammelpartei UMP bei den Regionalwahlen: für Montag-Abend wurde die Auswechslung des Arbeitsministers und einiger Staatssekretäre erwartet.

Diese Wahlen bescherten Frankreich aber vor allem ein „Déjà-Vu“-Erlebnis, also ein Gefühl der Wiederholung. Schon bei den Regionalwahlen 2004 hatte die Linksopposition die damalige bürgerliche Staatsführung um Präsident Jacques Chirac schwer gedemütigt. Doch bei den Präsidentenwahlen 2007 siegte der ungestüme bürgerliche Erneuerer Nicolas Sarkozy.

Jetzt dreht sich in Frankreich wieder alles um die nächsten Präsidentenwahlen 2012. Bei Popularitätsumfragen schneidet Sarkozy noch schlechter als Chirac ab. Sein Versuch, einen seiner Söhne, trotz Unterqualifizierung, auf einen finanzpolitischen Spitzenposten zu hieven, hat sein Image beschädigt. Seine ebenso hektischen wie uneinlösbaren Ankündigungen nerven. Am schwersten wiegt die Wirtschaftskrise, die alle von Sarkozy ursprünglich geweckten Hoffnungen zunichte gemacht hat.

Es ist freilich mehr als ungewiss, ob die Linke mit dieser Situation besser zu recht käme. Das Industriesterben, der rabiate Wettbewerb mit den neuen Wirtschaftsmächten, die technologischen Umwälzungen und die Vernichtung der Berufsperspektiven für beträchtliche Teile der Jugend – das sind die wahren Gründe für die Zerrüttung Frankreichs. Das alte Modell ist verbraucht, das neue noch nicht gefunden.

Die Grünen, die sich zur unter dem franko-deutschen Querdenker Daniel Cohn-Bendit zur drittstärksten Kraft gemausert haben, sind bei der Suche nach Alternativen am wagemutigsten. Aber sie bleiben, wie überall in Europa, meistens auf gebildete Schichten beschränkt. Ihre Ideen schwanken zwischen biederem Pragmatismus und den radikalen Visionen eines Abbaus des Wirtschaftswachstums.

Niedrig-Verdiener, junge Menschen aus dem Arbeitermilieu, prekär beschäftigt wenn überhaupt, enthielten sich meistens der Stimme. Die Hälfte der Wähler blieb den Urnen fern, in Sozialsiedlungen waren es bis zu 70 Prozent. Andere trieben die Rechtsaußenpartei „*Front national*“ hoch (im Schnitt 17

Prozent). Umfragen besagen, dass 70 Prozent der Franzosen, weder den Bürgerlichen noch der Linken Lösungen zutrauen. Dieser Riss zwischen den halbwegs versorgten Schichten und allen übrigen scheint sich unaufhaltsam zu vertiefen.

DANNY LEDER, *PARIS*